

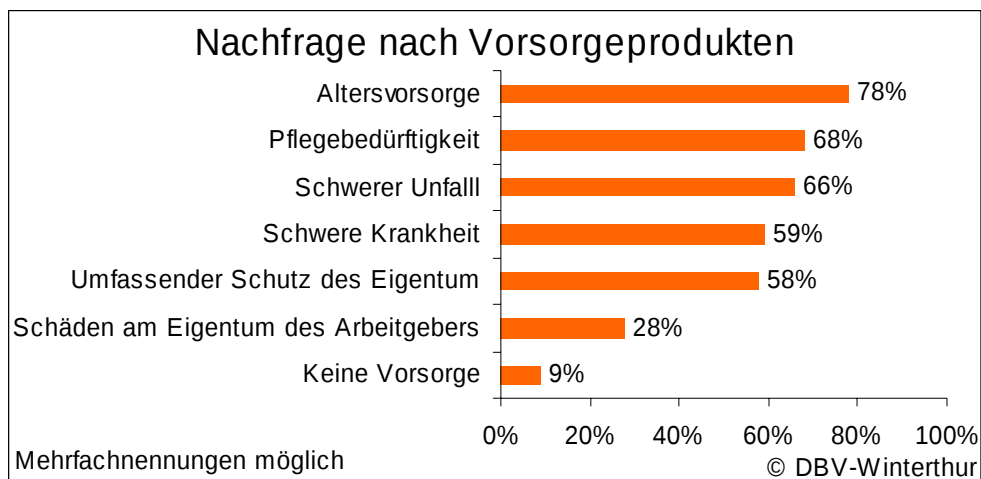
Beamte haben Versorgungslücken

- Jeder zehnte Mitarbeiter sieht keinen Handlungsbedarf
 - Beamte wünschen sich Rundumversicherungsschutz
-

Wiesbaden, 14. November 2006 Das Klischee, dass Beamte ab dem Augenblick ihres Dienstantritts finanziell für den Rest ihres Lebens ausgesorgt haben, gehört der Vergangenheit an. Bereits heute planen fast 80 Prozent der Staatsdiener, für ihren Lebensabend stärker selbst vorzusorgen. Insbesondere die Mitarbeiter der jungen und mittleren Generation verlassen sich nicht mehr nur auf die staatliche Vorsorge. Fast neun von zehn Bediensteten bis 29 Jahre sehen die Notwendigkeit, sich privat abzusichern. Der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die keinen Handlungsbedarf sehen, ist gering. Nur jeder Zehnte setzt ausschließlich auf den Versorger Staat. Das ist das Ergebnis der repräsentativen Studie „Öffentlicher Dienst“ von der DBV-Winterthur in Zusammenarbeit mit dem F.A.Z. Institut.

Der Auslöser für das Umdenken ist das von der Bundesregierung 2001 verabschiedete Versorgungsänderungsgesetz. Dieses sieht für 2009 vor, den Höchstversorgungssatz der Pensionen von derzeit 75 Prozent auf maximal 71,75 Prozent des letzten Nettoeinkommens zu senken. Damit sollen die Kürzungen bei der gesetzlichen Rente wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung übertragen werden. Die Folge: Eine steigende Nachfrage nach Altersvorsorgeprodukten ist auf allen Hierarchieebenen des öffentlichen Dienstes zu beobachten. Beamte des einfachen Dienstes sprechen sich beispielsweise geschlossen dafür aus, privat für den Lebensabend vorzusorgen. Bei den höheren Besoldungsstufen sind es immerhin mehr als 70 Prozent.

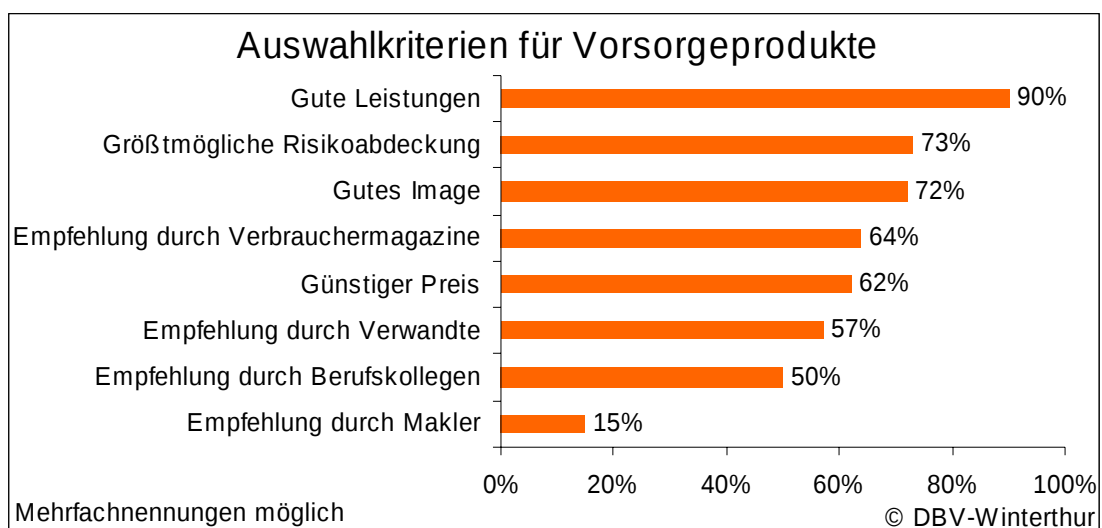
Neben der Altersvorsorge wollen die Staatsdiener für weitere Berufsrisiken finanziell Vorkehrung treffen. Für zwei Drittel der Befragten spielt die Absicherung der eigenen Pflegebedürftigkeit eine wichtige Rolle. Ebenfalls zwei von drei befragten Beamten geben an, sich gegen eine mögliche Dienstunfähigkeit absichern zu wollen. Das Thema Berufshaftpflicht spielt für mehr als die Hälfte der Staatsdiener eine wichtige Rolle. Bestimmte Berufsgruppen, wie beispielsweise Polizisten, haften unter Umständen persönlich für ihr Fehlverhalten im Dienst. Weniger Sorgen machen sich die Behördenmitarbeiter hingegen über das Risiko, eventuell Eigentum ihres Arbeitgebers zu beschädigen und dafür finanziell aufkommen zu müssen. Nur knapp 30 Prozent der Befragten sehen sich gezwungen, für entsprechende Fälle vorzusorgen.



Staatsdiener sorgen privat für ihren Lebensabend vor.

Bei der Auswahl der Vorsorgeprodukte gehen die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes nach unterschiedlichen Kriterien vor. Fast neun von zehn der Befragten entscheidet sich für das Produkt mit dem größten Leistungsumfang. Für 72 Prozent spielt das Image des Anbieters die entscheidende Rolle. Vor allem jüngere Beschäftigte bis 29 Jahre sowie Geringverdiener wollen möglichst die gesamte Risikopalette absichern – am besten vom Versicherer mit einem guten Ruf. Sie unterschätzen dabei häufig, dass der Anspruch auf die größtmögliche Risikoabdeckung seinen Preis hat. Die Besserverdiener und Führungskräfte entscheiden sich in der Regel für das Produkt mit der besten Leistungsqualität. Das Image des Anbieters ist für sie zweitrangig.

Zwei Drittel der Befragten orientieren sich bei Suche nach dem optimalen Versicherungspaket an Markt- und Produktanalysen der Verbrauchermagazine sowie an Bewertungen der Ratingagenturen. Insbesondere die Generation der Beamten zwischen 30 bis 59 Jahren greift auf diese Art Informationsquelle zurück. Unabhängig vom Alter hören die Staatsdiener zudem auf Empfehlungen. Fast 60 Prozent orientieren sich an Erfahrungen aus dem unmittelbaren Freundes- und Kollegenkreis. Nur wenige suchen das Gespräch mit einem Berater. Nur 15 Prozent geben an, bei der Auswahl von Vorsorge- und Versicherungsprodukten auf Versicherungsmakler oder Mehrfachagenten zurückzugreifen.



Beamte setzen bei Vorsorge auf Leistung und Sicherheit.

Anfragen

DBV-Winterthur, Unternehmenskommunikation, Dr. Mathias Oldhaver,
Telefon (+49) 0611/363-2593, Mobil (+49) 0172-67 10 816

Die Medienmitteilung der DBV-Winterthur ist im Internet verfügbar:

<http://www.dbv-winterthur.de>

Dossier „Öffentlicher Dienst“

Das aktuelle Dossier „Öffentlicher Dienst“ der DBV-Winterthur entstand im Juni 2006 in Zusammenarbeit mit dem F.A.Z.-Institut und dem Marktforschungsinstitut forsa. Für die Studie wurden 500 deutschsprachige Bürger ab 18 Jahre sowie 500 Beamte und Angestellte ab 18 Jahre im öffentlichen Dienst befragt. Sowohl die interviewten Bürger als auch die befragten Bediensteten repräsentieren einen Querschnitt beider Personengruppen in Deutschland. Die Befragung erfolgte mittels computergestützter Telefoninterviews anhand von strukturierten Fragebögen. Die Ermittlung der Interviewpersonen wurde über eine mehrstufige systematische Zufallsauswahl durchgeführt.

DBV-Winterthur Versicherungen

Die DBV-Winterthur ist eine große Versicherungsgruppe mit über 130jähriger Erfahrung auf dem deutschen Markt. Die Kennzahlen: 4.742 Mitarbeiter, rund 3,5 Millionen Versicherte und Beiträge von rund 3,7 Milliarden Euro (Stand: 31.12.2005). Das Beitragsaufkommen liegt zu 53 Prozent in der Lebens-, zu 27 Prozent in der Kranken- und zu 20 Prozent in der Schadenversicherung. Eine der größten Kundengruppen sind Beamte und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes mit über 1,1 Millionen Versicherten. Für diese bietet die DBV-Winterthur spezielle Produkte und Tarife. Hauptsitz des Konzerns ist Wiesbaden, ein Direktionsbetrieb besteht in München, Servicezentren gibt es außerdem in Berlin, Hamburg, Offenbach und Köln. Zur Gruppe gehört zudem die holländische DBV Verzekeringen mit Sitz in Zeist/NL. Die DBV-Winterthur bietet Versicherungsprodukte in den Sparten Lebens-, Kranken- und Schadenversicherung an, darüber hinaus auch Finanzierungen sowie Geldanlagen. Sie ist heute eine der führenden Versicherungsgruppen in Deutschland und international in die schweizerische Winterthur eingebunden.